

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowk 2120

Anzeigen die dreigespalt. Zeilzeile 1 Mr. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebühreneinfendung auf Postch. Alfred Kiebel 11502, Post-
sch. d. d. Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsch. Freitag

Wahlkampf ist Lohnkampf.

Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird auf das härteste beeinflusst von der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der sorgeschrittenerer Teil der Arbeiterklasse hat dies schon längst erkannt und fordert den Zusammenschluss in den Gewerkschaften. Hier werden die Voraussetzungen geschaffen, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage führen.

Nur ist ja bekannt, daß innerhalb des Staates noch andere Faktoren bestehen, die natürlich ebenfalls Aufgaben zu erfüllen haben, die nicht zu den unmittelbaren Arbeiten der Gewerkschaften gehören. Die Geschichte lehrt uns, daß durch gesetzliche Vorschriften deren Gebiete begrenzt waren, so daß es selbstverständlich ist, daß neben unseren Gewerkschaften die Parteienbewegungen existieren. Ueber das Verhältnis der politischen Arbeiterpartei zu den Gewerkschaften ist vor dem Kriege viel verhandelt worden. Der Parteitag in Mannheim 1906 hatte Klärung gebracht und fast einstimmig beschlossen, daß die Gewerkschaften zur Hebung der Klassenlage der Arbeiter unumgänglich notwendig sind und an Wichtigkeit hinter der Sozialdemokratischen Partei nicht zurückstehen. Ferner wurde die Einheitlichkeit des Handelns und Denkens beider festgestellt und bekannt, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Wesen der Sozialdemokratie erfüllt werde. Die besondern Verhältnisse in der Nachkriegszeit führten 1919 zur Ausrückung des Mannheimer Abkommens, durch die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien aus. Im Zusammenhang damit wurde jedoch beschlossen, daß die Gewerkschaften sich nicht nur auf die enge berufliche Interessenvertretung der Mitglieder beschränken dürfen, sondern vielmehr zum Brennpunkt der Klassenkämpfe des Proletariats werden müssen, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Diese Formulierung ließ die Befürchtung aufkommen, daß u. U. eine Gewerkschaftspartei gegründet werden könnte. Die Befürchtung war unbegründet, denn die Ereignisse lehrten, daß sich eine Annäherung an die Verhältnisse der Vorkriegszeit, d. h., es besteht nur eine politische Partei, mit der die Gewerkschaften die die Arbeiterklasse betreffenden Fragen gemeinsam und einheitlich durchführen können. Das ist die Sozialdemokratische Partei.

Eine bürgerliche Partei müßte für einen Gewerkschaftler von vornherein ausschalten. Die Zusammenfassung dieser Parteien hat mit Arbeitern nichts zu tun, denn die Führung liegt nur in den Händen unserer Klassengegner. Aber nicht nur dies. Die Programme der bürgerlichen Parteien drücken sich in ihren Handlungen aus. Darüber ist in den letzten Wochen genügend geschrieben worden. Die Angriffe dieser Parteien einschließlich oder besser gesagt, unter Führung der Zentrumspartei, richteten sich vornehmlich gegen Erwerbslosen, die die Arbeiter erst nach langen Kämpfen in Besitz nehmen konnten. Von den Parteien des Bürgertums ist nichts zu erwarten. Sie haben erst im letzten Reichstag wieder bewiesen, daß nur ihre eigenen Interessen von ihnen wahrgenommen werden.

Als im Jahre 1923 das Bürgertum am Ruder war, hatte es nichts eiligeres zu tun, als sozialpolitisch abzubauen. Man bekannt ist noch, daß damals den Unternehmern das Recht gegeben wurde, die selbst abgeschlossene Tarifverträge einzugreifen, um die Arbeitszeit zu verlängern. Hat das Bürgertum gegögert, davon Gebrauch zu machen? Keinen

Augenblick! Und schwere Kämpfe mit großen Opfern wurden geführt, um den Achtstundentag zu erhalten und Lohnabbau abzuwehren. Das Bürgertum bewies durch seine Einstellung gerade das Gegenteil von politischer und wirtschaftlicher Weitsicht, indem es die Kaufkraft der Arbeiter senkte und durch verlängerte Arbeitszeit das Heer der Arbeitslosen vergrößern wollte.

Diese Gefahr droht heute vom Bürgertum erneut und schärfer, wenn die deutsche Arbeiterklasse bei den Wahlen am 14. September nicht auf dem Posten ist. Die von den Unternehmern gepflegte These, daß wir eine zu gute Sozialversicherung haben und daß es den Arbeitern zu gut geht, beginnt auszufrachten. Aufbühung weiterer Lasten und Verminderung der Rechte sind doppelte Lasten.

Daß die Nationalsozialisten in allen Fragen der Arbeiterinteressen mit dem Bürgertum einig sind und einzig sein müssen, verlangen ihre Geldgeber. Brüggemann, Rirdorf, Borfig usw., alles Kapitalisten vom reinsten Wasser, geben kein Geld, wenn es sich nicht verzinst. Die Nationalsozialisten haben im Reichstag und in Thüringen bewiesen, daß sie in allen entscheidenden Fragen Gegner der Arbeiterklasse sind. Hier kommt noch hinzu, daß in letzter Zeit große Differenzen ausgebrochen sind, weil sich der Einfluß der Kapitalisten immer offener bemerkbar macht.

Die Kommunisten haben bewiesen, daß es ihnen nicht auf praktische Erfolge, sondern auf Agitation ankommt. Sie haben 1927 gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz gestimmt. Hätten die Sozialdemokraten ebenfalls gegen das Gesetz, um dessen Inhalt jetzt die härtesten Kämpfe toben, gestimmt, hätte es abgelehnt werden können. Den Schaden hätten nur die Arbeiter gehabt. Die Stellung der Kommunisten zu den Gewerkschaften ist bekannt. Sie hat auch dazu geführt, daß namhafte kommunistische Gewerkschafter aus der SPD. austraten oder ausgeschlossen wurden, weil sie mit der Betämpfung der Gewerkschaften nicht einverstanden waren. Die Kommunisten haben Leitätze aufgestellt, die nach ihrer eigenen Ansicht die Spaltung der Gewerkschaften herbeiführen sollen. Wir verweisen nur auf den Beschl. der SPD. vom 1. März 1929, der die Gewerkschaften als „Klassenfeind“ bezeichnet, zum Klassenfeind übergeht. Welter die Aufforderung, daß die Kommunisten die Verbandsstatuten nicht anerkennen dürfen. Erst jetzt haben die Kommunisten offen in einer Resolution zum Bericht des ersten Führers Losowski festgestellt, daß die Lösung: „Gemein in die Gewerkschaften“ in Deutschland ausgegeben werden müsse und daß in der Praxis bereits seit 2 1/2 Jahren diese Lösung nicht mehr besteht. Bildung eigener Verbände, die allerdings ohnmächtig sind, wurden vorgenommen. Wie die SPD. selbst festgestellt hat, sind alle ihre Bewegungen und Streiks erfolglos gemeien, zum Teil wurden 60 Proz. der Belegschaft nicht wieder eingestellt.

Die Gewerkschaften brauchen in ihren wirtschaftlichen Kämpfen Bundesgenossen aus der großen Politik. Dazu ist erforderlich die geistige Uebereinstimmung und kameradschaftliche Gesinnung der Partner. Diese Voraussetzungen sind bei dem Bürgertum grundsätzlich nicht vorhanden. Sie fehlen auch bei den Kommunisten, obwohl auch hier die Arbeiterklasse in der Mehrheit die Mitglieder darstellt. Diese Voraussetzungen sind bei der Sozialdemokratischen Partei vorhanden.

Die Sozialdemokratie tritt ein für Wahrung der Rechte und Einheit der Gewerkschaften.

Die Sozialdemokratie kämpft für besseren Schutz der Arbeitskraft und gegen Ausbeutung.

Die Sozialdemokratie kämpft mit den Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Im neuen Reichstag werden verstärkte Kämpfe geführt werden müssen. Sollen wir dabei erfolgreich sein, müssen wir eine stärkere politische Vertretung haben. Darum ist es Aufgabe der Arbeiterklasse, am 14. September nur die

Sozialdemokratische Partei — Liste 1

zu wählen.

Großhandelspreisentwicklung 1928—1930.

Von Jürgen Kuczynski.

Die Senkung der Groß- und Kleinhandelspreise ist im Augenblick zum Stillstand gekommen. Wir wissen nicht, ob die Preise jetzt wieder steigen oder ob sie noch weiter sinken werden. Es ist aber vielleicht angebracht, einen Rückblick auf die letzte Periode der Preisbildung zu tun, die in Deutschland im Jahre 1928 begann und als Periode der Preisentungen bezeichnet werden kann.

Im Jahre 1928 erreichten in einer sehr großen Anzahl von Ländern die Preise ihren Höhepunkt, um dann in den folgenden Jahren zum Teil stark, zum Teil schwächer zu sinken. Zu diesen Ländern gehören:

- Albanien, Neuseeland,
- Belgien, Niederlande,
- Deutschland, Polen,
- Estland, Schweden,
- Finnland, Schweiz,
- Frankreich, Ungarn,
- Jugoslawien, Vereinigte Staaten von Amerika.

In manchen dieser Länder unterbrach die Steigerung der Preise von 1927 bis 1928 nur ein langjähriges Abgleiten, so daß die 1928 folgende Preisentung nur als Fortsetzung einer vorübergehend gestörten Bewegung betrachtet werden muß; in anderen Ländern wieder bedeutete die Preissteigerung von 1927 bis 1928 den Höhepunkt einer bereits 1926 oder noch früher begonnenen Bewegung, auf die die nachfolgende Preisentung als Reaktion folgte.

Die Preisentung von 1928 bis 1929, die wir nicht nur bei den oben angeführten Ländern, sondern auch bei einer Reihe von anderen Ländern, in denen sie nur das Glied einer Reihe ununterbrochener Senkungen ist, beobachten können, war nirgends ungewöhnlich im Ausmaß. Sie übertraf nur in den folgenden Ländern 5 Prozent: Jugoslawien, Estland, Polen, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn.

Weit stärker waren die Preisentungen im Jahre 1930 und mit der Größe der Preisentungen wuchsen auch die Unterschiede in der Intensität der Preisbewegung. Im Juni 1930 lagen die Großhandelspreise in Prozenten unter dem Stand des Juni 1929:

Land	Senkung der Großhandelspreise in Proz.
Belgien	12
Dänemark	11
Deutschland	8
Frankreich	13
Großbritannien	11
Italien	14
Norwegen	5

Land	Entwurf der Großhandelspreise in Gros.
Oesterreich	10
Peru	4
Polen	12
Schweiz	10
Vereinigte Staaten von Amerika	10

Wenn wir weiterhin noch die entsprechenden Marktpreise, die heute für weitere zwölf Länder vorliegen, vergleichen, so werden wir finden, daß Deutschland zu den vier Ländern gehört, in denen die Preise am wenigsten gesunken sind.

Diese Unterschiede in der Preisbewegung können eine wirtschaftlich durchaus vernünftige Begründung darin finden, daß die Großhandelspreise für ganz verschiedene Waren eine ganz verschiedene Rolle in den einzelnen Ländern spielen. Wenn zum Beispiel auf der ganzen Welt die Agrarpreise gleichmäßig sinken und die Industriepreise stabil bleiben würden, dann würden natürlich die Großhandelspreisindizes, die den Durchschnittspreis der wichtigsten auf dem Großhandelsmarkt gehandelten Waren darstellen, in allen Ländern verschieden sinken müssen, und zwar würde die Senkung größer sein, desto bedeutender die Rolle der agrarischen Güter auf dem Großhandelsmarkt des entsprechenden Landes ist.

Tatsächlich war nun in den letzten Jahren ein Unterschied in der Entwicklung landwirtschaftlicher und industrieller Waren: die Preise der ersteren fielen nämlich stärker als die letzteren, die zum Teil sogar stiegen. Demnach müßte die Preisentwertung besonders stark in den Ländern gewesen sein, bei denen die auf dem Großhandelsmarkt erscheinende Warenmasse zum großen Teil aus Agrarprodukten bestand. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Gerade in Ländern, in denen landwirtschaftliche Produkte eine verhältnismäßig wichtige Rolle auf dem Großhandelsmarkt spielen, wie in den Vereinigten Staaten und Deutschland, sind die Preise weniger gesunken als zum Beispiel in Großbritannien und Belgien, wo landwirtschaftliche Produkte eine geringe Rolle spielen und wo man eine besonders geringe Preisentwertung hätte erwarten können.

Es sind also andere Faktoren für die Preisbestimmung maßgebend gewesen als allgemeine internationale Preisentwertungen. Was heißt das? Soll es bedeuten, daß die Höhe der Preise nicht die Preisgröße bestimmt und wie kann das sein? Wir müssen zunächst zwischen dem Inlandspreis und dem Weltmarktpreis unterscheiden; dann können wir feststellen, daß die Tendenz der Preise in den einzelnen Ländern nicht unbedingt mit der Tendenz der Preise auf dem Weltmarkt übereinstimmt und umgekehrt. Wenn zum Beispiel die Preise von landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt sinken, so braucht das nicht zu bedeuten, daß die Mehrzahl der zu Großhandelspreisen gehandelten landwirtschaftlichen Produkte zu niedrigeren Großhandelspreisen in den

einzelnen Ländern abgesetzt wird. So stand zum Beispiel der Weltmarktpreis in der letzten Juniwoche 1929 auf etwa 213 Mk. pro Tonne, während märklicher Weizen auf 11 Mk. höher war; ein Jahr später war der Weltmarktpreis für Weizen, das heißt der Preis, zu dem die Mehrzahl alles produzierten Weizens auf dem Weltmarkt verkauft wurde, um etwa 25 Proz. gesunken, während märklicher Weizen um etwa ein Drittel gestiegen war. Dem Preis für märklichen Weizen aber entsprach ungefähr der Preis für den gesamten im

handelspreis des in den „Inländern“ verkauften Weizens, das heißt der Durchschnitt des weltnationalen Weizengroßhandelspreises steigen, während der Durchschnitt des internationalen Weizengroßhandelspreises sinken würde.

Umgekehrt kann auch der welt nationale Preis einer Ware sinken, während der internationale Großhandelspreis steigt. Nehmen wir zunächst als Einzelfall die Tatsache, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ihre Produkte auf dem Weltmarkt zum Teil billiger verkauft als im Inland; und erweitern wir diesen Fall so, daß sich die vier größten Eisen und Stahl produzierenden Länder zusammenschließen, um die gleichen, aber nicht so starken Industrien in den anderen Ländern durch Unterbieten zu zerstören, während sie sich durch hohe Inlandspreise schadlos halten. Wenn man unter Weltmarkt den Markt des Landes oder der Länder versteht, auf dem die großen Exportländer ihre Waren handeln, so würde man unter Weltmarkt den dauernd teurer werdenden Inlandsmarkt der vier großen Industrieländer verstehen, während man unter weltnationalen Märkten die kleinen Märkte aller anderen Länder der Welt verstehen würde, auf denen die vier großen Industrieländer ihre dauernd billiger werdenden Waren ausbieten. In diesem Falle hätten wir also auf dem Weltmarkt eine steigende Preistendenz und auf den weltnationalen Märkten eine sinkende.

Beide Tendenzen gehen nun heute durcheinander. Deutschland verkauft als Exportland einen Teil seiner Eisen- und Stahlwaren billiger auf fremden nationalen Märkten als an das Inland, und es kauft als Importland Weizen über Weltmarktpreis. In anderen Ländern liegt die Sachlage ganz ähnlich. Das Entscheidende aber ist: wie gleichen sich die verschiedenen Tendenzen gegeneinander aus. Profitiert Deutschland von den billigeren Verkaufspreisen anderer Länder mehr, als es durch teure Inlandspreise für andere Waren verliert oder umgekehrt? Wir müssen feststellen: Deutschland verliert letztlich. Sein Weltmarktpreis scheint weniger zu sinken als der anderer Länder, als der Durchschnitt der weltnationalen (nicht: internationalen Weltmarkt-) Großhandelspreises.

Um dieser Sachlage abzuhelfen, gibt es zwei Wege, die beide gleichzeitig beschritten werden sollten. Einmal müssen diejenigen hohen Inlandspreise, die nur dazu da sind, um die Verluste von Unterbietungen im Ausland zu decken, wenigstens teilweise abgebaut werden; und sodann sollten wir den Schutz einiger Industrien und Gewerbe fallen lassen, die Zölle abschaffen, die betroffenen Arbeiter anderweitig beschäftigen, und so dem Ausland einen Markt im Inland öffnen, auf dem es sich gegenseitig unterbieten kann, während wir davon den Vorteil haben.

„Überall“ und „Nirgend“.

Wenn du mich fragst, wo ich zu Haus bin:
 „Überall!“ würde ich antworten.
 Am Meer, im Walde,
 Zwischen reisendem Getreide,
 Unter jungen und alten Menschen,
 Bauern, Städtern
 Und wetterfesten Seelenten, die
 Ueber die Wasser der Erde
 Nutvoll ihre Fracht zu tragen wissen.
 Wenn du mich fragst, wo ich zu Haus bin:
 „Nirgend!“ könnte ich sagen.
 Ich habe zu eigen wenig von dem,
 Was Ruhe oder Bequemlichkeit verheißt.
 Mein Fuß rasst so lange nicht,
 Und So ichs nicht will, höst mich der Wind
 Aus dämmernden Stuben;
 Rufen die Vögel mich
 Hinaus in schimmernden Morgen.
 Der Straßen sind viele,
 Ich möchte alle gehen.

Inland verkauften Weizens, das heißt, auch der Preis des auf dem Weltmarkt so außerordentlich gesunkenen Weizens. Wir können uns nun leicht vorstellen, daß die Mehrzahl aller Weizen konsumierenden Länder zum Schutze einer recht unbedeutenden Heimlandwirtschaft die Weizenzölle so hoch schraubt, daß der Hauptteil alles zu Großhandelspreisen verkauften Weizens im Inland zu steigenden Preisen verkauft wird, während der Weizen auf dem Weltmarkt zu sinkenden Preisen gehandelt wird. In diesem Fall also würde der Durchschnittsgroß-

Wirtschaft und Kultur.

Ueberzeugung.

Ich habe eine Ueberzeugung, und diese Ueberzeugung bebt in mir. Sie bebt in mir in allen Lebensaltern. Ich kann nicht leben, ohne sie frei zu bekennen. Nach ihr zu leben. Sie zu leben. Sie ist mein Stolz. Sie ist meine Kraft. Und nur darum bin ich, weil sie ist.

In meiner Ueberzeugung spüre ich das Leben. Das herrliche Leben des Kampfs und des Siegs. Sie macht mich zum Zwingen des Lebens, zum Schaffer der Zukunft. Ich bin mehr als das Heute, mehr als Spielball des Augenblicks. In meiner Ueberzeugung bin ich; ich.

Ihr Schwächlinge und ihr Reichlinge, die ihr euch schmeigen und biegen laßt, hierhin und dorthin. Die ihr euch anpaßt, so oder so, wie die Gemächlichkeit, die Bequemlichkeit — und der Vorteil es gerade verlangt! Ihr erlebt nichts von euch. Denn es ist nichts in euch. Nur wer eine Ueberzeugung hat und seiner Ueberzeugung lebt, ist Mensch.

Und Ueberzeugung mit Ueberzeugung verbunden! Menschen der Ueberzeugung mit Menschen, die der gleichen Ueberzeugung sind! Solch sittlich-solidarischer Bund kann nichts widerstehen. Die solidarische Kraft der Kämpfer überwindet alles. Massen, zusammengeschnitten zu einer Ueberzeugung, ertrinken das Größte.

Laßt uns darum alle einig im kämpferischen Glauben an solche Größe einer freien Zukunft sein!
 Dr. Gustav Hoffmann.

Die Gartenlaube.

Sie ist der Inbegriff für viele Freuden, diese Laube im Garten. Man sieht es an der Mühe, die sich die Menschen da in den Schrebergärten geben, denn beim Hause haben ja nur wenige einen Garten. Ihre ganze Liebe schenken die Menschen der Laube. Schön soll sie sein und gemütlich. Aber auch praktisch. Doch der Begriff des Praktischen bindet sich hier mit dem modernen Begriff des Sachlichen nicht.

Praktisch ist die Laube nur im Sinne der kleingärtnerischen Bedürfnisse. Zum Begriffe des Sachlichen aber gehört auch das Sinngemäße des Stils. Sachlichkeit ist natürlich Schönheit. Die aber fehlt den Lauben meistens. Nur in wenigen Städten hat man die Notwendigkeit einer künstlerischen Gestaltung auch der Laubenterrassen erkannt. Viel Ritz ist da noch an den Lauben der Kleingärtner zu finden. Man merkt es, viel guter Wille war da. Aber es fehlte der Zeitgeist, der auf das Sachliche geht. Statt der klaren Ausdrucksformen, die man für das selbe Geld schaffen kann, sehen wir die „Aemulische“ Schreberlaube entstehen.

Es ist merkwürdig, daß das für alles Neue so empfindliche arbeitende Volk in seiner Masse so abwartend, wenn nicht zurückweisend gegen den Gedanken des Sachlichen ist, und doch ist es wieder zu verstehen. Das ganze Leben der Masse ist, oft bis zum Extrem, auf den Gedanken der Sachlichkeit eingestellt. Die Rationalisierung, diese technische Sachlichkeit höchster ökonomischer Vollendung, erfährt den arbeitenden Menschen aufs furchtbarste. Im Kapitalismus erlebt der proletarische Mensch die ökonomische Sachlichkeit in höchster sozialer Mißgestaltung. Und da regt sich dann als ganz natürliche Folge nachher, in den freien Stunden, am Sonntag, der Widerspruch. Da rettet sich der Mensch aus der sachlichen Welt des menschenentachtenden Zwanges in die Welt des Gefühls, aus der sachlichen Welt der Schönheitsarmut in die Welt der Phantasie und des Scheins. Und es ist tatsächlich etwas Wahres an dem spottenden Worte Corbusers: Poesse will der Mensch neben der Sachlichkeit.

Das gibt dem Ritzte natürlich seine Existenzberechtigung nicht. Aber es läßt uns verstehen, beifällig sein. Die Laube im kleinen Garten des arbeitenden Menschen ist bezeichnend. Sie ist der Ausdruck der Opposition. Der Mensch will sich nicht nur als tot's Werkzeug einspannen lassen in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Der Mensch, jeder Mensch hat in seinem Wesen etwas Schöpferisches, Künstlerisches, das in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine rechte Pflegestätte hat. Und so vertritt

sich das Poetische dann im Ritzte und in Sentimentalität und in Freude an Glanz und Schein.

Es ist nötig, dies zu erkennen und zu überwinden, trotz alledem, und in dieser Zeit der geistigen Wiedergeburt im Wirtschaftsleben in der Bildungsarbeit des Volkes auch die Verbilligung zu bieten, die der Mensch für sein inneres Suchen nach Freiheit und Schönheit nötig hat.

Der Gott in uns.

Auf Grund der Bibel gilt der christliche Gott als der ferne, unsichtbare, während der Mensch geteilt ist, das Treibende in der Natur, welchen Namen man ihm auch geben mag, in den Erscheinungen der Natur zu sehen und das „Unsichtbare“ im Sichtbaren, Tatsächlichen zu erkennen.

Diese natürliche Auffassung des Menschen scheint auch wissenschaftlich die rechte zu sein. In diesem Sinne bringt der Ägyptologe Kurt Sethe in den Abhandlungen der Preussischen Akademie der Wissenschaften den Nachweis, daß auch der biblische Gott die Naturkraft selber war.

Der heftige Sturmwind, von dem in der Bibel die Rede ist, ist der Gott selber und nicht nur ein Element für den Gott. Der Gott ist da die Naturkraft, und es ist in diesem Zusammenhange bezeichnend, daß die Forderung das hebräische Jehova mit dem arabischen Wortstamme „hawa“ gleich „wehen“ in Verbindung bringt.

Danach ist der Gott der Bibel der Windgott aber allgemein die Natur selbst. Der Sinn des Volkes für das Konkrete, Praktische, Wirkliche hat auch schon damals das jüdische Volk geleitet und den Gott in der Kraft gesehen, in allem Lebendigen, und damit das Gleiche zum Ausdruck gebracht, das Goethe später einmal als die Gottnatur bezeichnete. Demnach müssen wir das Göttliche in allem Handeln sehen. Im stolzen Mute, im solidarischen Zusammenschluß, im Glauben an Neugeschaltung und im Erzwingen der neuen Welt. Da im größten Schöpferium eines freien Kämpfers ringt das Göttliche am erhabensten um die Befreiung seiner selbst.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Die Verhältnisse der Tapezierbranche in Berlin. Vor einer gut besuchten Funktionärerversammlung der Allgemeinen Tapezierbranche erstattete der 1. Vorsitzende der Berliner Verwaltungsstelle, Kollege Osten, den Bericht „über die gegenwärtige Situation in den Betrieben.“

Einleitend betonte der Referent, daß man bei Besprechung der Berufslage, die außerordentliche Wirtschaftskrise nicht außer acht lassen kann, zumal diese Krise keine rein deutsche Angelegenheit mehr ist. Genau so wie Deutschland, leiden auch die anderen Länder unter der großen Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen werden die Industriestaaten am schwersten davon betroffen. England mit seiner gewaltigen Industrie hat seit Jahren eine relativ höhere Erwerbslosigkeit aufzuweisen als Deutschland. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die durch den Krieg und der Nachkriegszeit in wirtschaftlicher Entwicklung gegenüber Deutschland einen großen Vorsprung hatten, haben zurzeit eine nie geachtete Arbeitslosigkeit. Auch die im Kriege völlig neutralen Staaten bleiben von dieser Arbeitslosigkeit nicht verschont, es sind eben tiefere Ursachen, die in der Weltwirtschaft begründet liegen. Der Kampf um die Absatzgebiete, der Kampf um die Konkurrenzfähigkeit haben eine Rationalisierung mit sich gebracht, die ohne Schritthaltung der Konsumfähigkeit diese ungeheure Arbeitslosigkeit hervorgerufen mußte und deren Ende in absehbarer Zeit nicht eintreten dürfte. Ein Rezept für die sofortige Überwindung dieser Verhältnisse hat niemand in der Tasche.

In dieser Situation gehen die Unternehmer in Deutschland dazu über, die Löhne abzubauen, gewaltige Verschlechterungen in den Sozialversicherungen anzukämpfen und mit Hilfe ihrer Vertrauensmänner in der Regierung, auf Grund einer Diktatur, zur Durchführung zu bringen. Von den Scharfmachern der Großindustrie wird dieser Kampf gegen die Arbeiterklasse bewußt geführt und die mittleren und kleinen Unternehmer schrecken sich gefühmsäßig an, ohne ostentativ selbst dabei zu bedenken, daß auch in den großen Unternehmen zum Opfer fallen.

Wie unsere Unternehmer im Tapezierberuf über diese Dinge denken, kann man aus der Rede des 1. Vorsitzenden, Herrn Spindler, beim 30. Verbandstag in Bremen des Reichsfachverbandes deutscher Tapezierermeister, Polsterer und Dekorateurer entnehmen. Einleitend sagte Herr Spindler, daß er noch nie in seiner 12jährigen Amtstätigkeit den Verbandstag so bedrückt und unfröhlich eröffnet habe, wie diesen ganz im Zeichen der Not stehenden. Bemerkenswert aus seiner Rede ist dann noch folgende Stelle: Eine weitere Forderung zur Bekämpfung unserer Volkswirtschaft liegt in der Beschränkung der übertriebenen sozialen Fürsorge. Ich sage bewußt „übertriebene Fürsorge“, um zu dokumentieren, daß wir jede berechtigte soziale Fürsorge bis zu einem gewissen Grade und erträglichen Maß gutheißen, aber sie darf nicht wie jetzt übertrieben aufgeschwemmt werden, um jeden Willen zum Schaffen zu zerschlagen und unmoralisch zu wirken.

Herr Dr. Schacht, damals noch Reichsbankpräsident, sagte im vorigen Jahr hier in Bremen ganz treffend: Unser Ideal in Deutschland ist das Ideal eines Sozialrentners, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsheime einschließlich der Sterbefasse mitbekommt, daher fühlen sich so viele nicht mehr als Bürger des Staates, sondern als Wohlfabriksempfänger. Zur Befähigung seiner Forderung wiederholt Herr Spindler den mit Entrüstung zurückgewiesenen Ausspruch des Herrn Schacht, und wir können deutlich daran erkennen, was wir von unseren Unternehmern zu erwarten haben. Das gesamte Unternehmertum, vom Kleinsten bis zum Größten, steht geschlossen gegen die Arbeiterchaft, um alle Lasten auf die ärmsten der Armen abzuwälzen. Herr Spindler richtet auch einen Appell an die Gewerkschaften, wo er weiter ausführt, daß die gewerkschaftlich Verantwortlichen in einer ungeheuren Wirtschaftskrise den Mut finden sollten, den im Zeichen der Hochkonjunktur herausgeschraubten Lohn zurückzudrehen. Also Abbau des Lohnes und Verschlechterung der Sozialversicherung, so auch unsere Unternehmer.

Wir sehen daraus, was notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist, und mehr denn je haben wir die Verpflichtung, unsere Organisation zu stärken, um jeder Zeit gerüstet zu sein.

Auch Tarif erhöht sich der Lohn für die Tapezierer in Berlin ab 1. September 1930 um weitere 2 Pf. In der ersten Gruppe, er steigt von 1,36 Mt. auf 1,38 Mt. Die Funktionäre und jedes einzelne Mitglied sind verpflichtet dafür zu sorgen, daß diese tarifliche Bestimmung reiflos eingehalten wird. Sollten einzelne Unternehmer dem nicht nachkommen, so ist der Verbandstellung sofort Mitteilung zu machen. Die Organisation wird auch in dieser Zeit an die tariflichen Abmachungen nicht rütteln lassen und vor einem Abwehrtampfen nicht zurückweichen.

Wo die Akkordtarife bestehen, sind die Verhältnisse noch einigermaßen, trotzdem wird versucht, mit Einführung von neuen Modellen jedesmal die Preise zu senken. Nicht immer zeigen die Kollegen in solchen Fällen das nötige Rückgrat in den Betrieben. In den meisten Betrieben, wo die Kollegen nicht die notwendige Fühlung mit der Organisation halten, haben wir schlechte Verhältnisse.

Die Verhältnisse in den Branchen sind sehr unterschiedlich. Bei den Kleibern hatten wir bis vor kurzer Zeit leidliche Beschäftigung und durch den Spezialakkebeattordtarif weniger Differenzen. Arbeitslos sind zurzeit als Kleiber 170 Kollegen auf dem Nachweis eingetragen.

Die besseren Geschäfte der Allgemeinen Branche sind sehr zurückgegangen. Firmen, die einen guten Namen hatten und wo immer eine bestimmte Anzahl von Kollegen beschäftigt waren, befehlen sich mit wenigen Arbeitskräften und führen, soweit sie überhaupt noch bestehen, nur ein Scheinadellin.

Die Konkurrenz durch die Architekten hat weiter dazu beigetragen, daß diese Betriebe, die für sie arbeiten, magazinmäßig die Polstermöbel herstellen und den besseren Geschäften die Lebensmöglichkeit nehmen.

Von einer Ledermöbelbranche kann kaum noch gesprochen werden. Hatten wir früher Betriebe bis

Wählt Liste 1 Sozialdemokraten

zu 70 beschäftigte Kollegen, so hat der zurzeit größte Betrieb dieser Branche nur 13 Kollegen. Es ist eine völlige Umstellung auf Stoff oder kombiniert Stoff und Leder erfolgt. Der Geschmack des Publikums ist hierfür ausschlaggebend. Von den Ledermöbelarbeitern, sind zurzeit 178 Kollegen auf dem Arbeitsnachweis eingeschrieben.

Die Schmuckkonkurrenz steht in voller Blüte. Eine größere Firma, die dahinscheidend auf diesem Gebiete war, beflagte sich im Besitze eines Gewerkerates über die Schmuckkonkurrenz. Es gibt hier scheinbar keine Grenze. Es werden Produkte gefertigt, die den Namen eines Polsterstückes nicht mehr verdienen. Leider hat Berlin auch unter der Proving zu leiden, die die Preise noch weiter unterbieten.

Die größte Veränderung ist in der Matratzenbranche von sich gegangen. Vier Firmen arbeiten bereits mit Maschinen und es werden noch weitere folgen. Hinzu kommt noch die Frauenarbeit in dieser Branche, so daß hier der Konkurrenzkampf noch schwerer wird. Der ausgebildete Produktionsapparat wird nicht genügend beschäftigt werden können und die Maschinen werden nur einige Stunden arbeiten brauchen, um den Konsum zu decken.

Eingeschrieben auf den Nachweis sind von der Matratzenbranche 88, Matraginarbeitern 168 und der Allgemeinen Tapezierbranche 616 Kollegen, so daß in Berlin rund 1220 Tapezierer arbeitslos sind. Außerdem noch von Tapezier- und Matratzennäherinnen etwa 200 Kolleginnen.

Aus der Tapezierer-Zwangsunion ist ein Teil der Unternehmer ausgesetreten, so daß wir in Zukunft mit zwei Organisationen zu tun haben. Von den Spitzenorganisationen ist eine Lehrlingsordnung ausgearbeitet worden, um die Lehrlingshaltung einzubäumen. Haben wir in Berlin etwa 500 Tapeziererlehrlinge, so stehen dem gegenüber einige tausend Gehilfen, in der Proving ist das Verhältnis manchmal erschreckend und die Unternehmer haben endlich eingesehen, daß das nicht mehr so weiter gehen konnte.

Die Tapezierbranche ist organisatorisch gut, sie hat einen Bestand von 1750 Kollegen. Trotzdem bleibt auf diesem Gebiete noch viel zu tun, um die Organisation weiter zu stärken und zu festigen.

Ein Kollege der Opposition sagte unter Beifall, man solle die Kollegen nicht mit Phrasen füttern, Kollege Osten untertrieb in seinem Schlusswort ganz besonders diese Ausführung und sagte, daß kein gescheiter Gewerkschaftler darauf mehr hereinfällt, sondern nur ernste Mitarbeit von jedem einzelnen gefordert werden muß. Wer wirklich für ernste Gewerkschaftsarbeit ist, der hat Gelegenheit und die Verpflichtung, am 14. September zur Reichstagswahl der Partei die Stimme zu geben, mit der wir uns eins fühlen, und das ist die Sozialdemokratie.

Hamburg. In der stark besuchten Mitgliedererversammlung am 28. August referierte die bisherige Reichstagsabgeordnete, Genossin Johanna Reike, über das Thema „Rechte und Pflichten des Staatsbürgers“. Ausgehend von dem Hinweis, daß der Weg eines Untertanen zum vollberechtigten Staatsbürger ein sehr weiter ist, behandelte die Referentin die Freiheitsbestrebungen in den verschiedenen Staaten, ausgehend von den Unterdrückten des Volkes, um das Mitbestimmungsrecht in der Gesetzgebung zu erringen. Die Erreichung dieser Ziele seien oft nur mit großen Opfern an Gut und Leben der Volksgenossen erkämpft worden.

Auch in Deutschland konnte man in der Vorkriegszeit nicht von einer freien Mitbestimmung sprechen. Klassenwahlrecht und Wahlrecht nur für Männer bedeuten eine bedingte Diktatur, die immer zur Rechtslosmachung bestimmter Volkskreise führe. Erst die Umwälzung des Jahres 1918 habe uns das gleiche Wahlrecht gebracht, das nun auszunutzen Sache des Volkes selbst sei.

Zu verwerfen sei die Diktatur, welche meistens von Minderheiten des Volkes ausgeht. Das Wahlrecht auf demokratischer Grundlage sei nur in einem Volke möglich, das Anspruch auf Bildung und Kultur erhebt, hier sei keine Diktatur am Plage.

Kednerin beleuchtete sodann die politischen Vorgänge, die im Juli zur Reichstagsauflösung geführt haben. Es gäbe kaum eine Partei, die nicht ihr Hauptgewicht bei der Neuwahl auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie lege. Selbst solche, die sich als Arbeiterpartei bezeichnen, sehen ihre größte Wahl- und Wählerarbeit in der Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Das hat seine Ursache darin, daß die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter in jeder Hinsicht vertritt. Der Kapitalist weiß, daß der Kampf der SPD. nicht mit Phrasen, sondern mit aller Sachlichkeit geführt wird. Wenn z. B. die KPD. sie bei dieser Arbeit durch Verlagen bei den Abstimmungen in den Rücken fällt und dadurch die Belange der Arbeiter mit Füßen tritt, so ist die SPD., die man für alles was gegen die Arbeiter geschaffen wird, verantwortlich mache, eben infolge ihrer Minderheit der Zahl ihrer Abgeordneten gezwungen, mit bürgerlichen Parteien Koalitionspolitik zu treiben, um so nach bester Möglichkeit für die Arbeiterchaft dasjenige herauszuholen, was ihr die Reaktion versagt. Die Sozialdemokratie betreibe keine Koalitionspolitik unter allen Umständen, das hat die letzte Reichstagsauflösung bewiesen. Kednerin schloß ihre Ausführungen mit der Aufforderung, am 14. September untern allen Wahlprüd — mit uns das Volk, mit uns der Sieg — wahr zu machen, durch Abgabe der Stimmzettel für die Sozialdemokratie, Liste 1.

Starker langanhaltender Beifall der Versammlung zeugte davon, daß die Ausführungen der Referentin das vollste Verständnis gefunden hatten.

In der Aussprache sprach zunächst Kollege Benzig. Seine Ausführungen gingen dahin, 1918 habe die Arbeiterchaft an einem Wendepunkt gestanden, da sei sie aber von ihren Führern verraten worden. Kollege Loknig vertrat den Standpunkt der KPD. Der ADGB. sehe es nicht, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise nur ein Kapitalkrieg sei. Mit den Ausgeiern des Kapitals müsse aufgeräumt werden. Er zweifle nicht daran, daß einige SPD.-Führer den guten Willen hätten, das Beste für die Arbeiter zu wollen. Die freieste Demokratie habe dazu geführt, daß über 50 KPD.-Redakteure im Gefängnis lägen. Gloria Rußland, sei die Parole aller Klassenbewußten Arbeiter. Kollege Groth war mit der Schreibweise des „Hamburger Echo“ nicht zufrieden und wollte aus diesem Grunde für die KPD. eintreten, obgleich er deren Standpunkt auch nicht teile.

Diese Ausführungen wurden von den Kollegen Rißler und Dregelius treffend widerlegt. Letzterer wies besonders darauf hin, daß im Moment nicht nachgeprüft werden könne, ob die KPD.-Redakteure tatsächlich wegen preßgesetzlicher oder sonstiger Vergehen Inzassen der Gefängnisse seien. Wenn man aber Gloria Rußland rufe, so sei es doch von Wert, festzustellen, daß im glorreichen Rußland Hunderttausende von Sozialisten in Sibirien und in den Gefängnissen schmachten, ohne Urteil der Gefahr ausgesetzt, stillschweigend meuchlings hingemordet zu werden. Dafür habe aber bisher noch kein deutscher KPD.-Anhänger Worte des Abzuges gefunden.

Im Schlusswort rechnete dann Genossin Reike gebührend mit den Anhängern der KPD. ab. In jedem vorgebrachten Punkt wies Kednerin nach, daß durch das Verhalten aller KPD.-Abgeordneten jede gemeinsame Arbeit mit der Sozialdemokratischen Partei unmöglich sei, jeder denkende Arbeiter könne nur dadurch dem Sozialismus zum Siege verhelfen, wenn er am

14. September der Liste 1 seine Stimme gebe.

Mit einem mit großer Begeisterung aufgenommenen Hoch auf den Sieg der Sozialdemokratie schloß die impolante Versammlung ihren Abschluß.

Unsere Lohn- und Tarifbewegungen.

Lebervaren.

Bezirk Offenbach-Frankfurt a. M. Im Bezirk Offenbach-Frankfurt a. M. fällte am 4. April 1930 das Tarifamt einen Schiedspruch, der einige Veränderungen gegenüber dem alten Tarifvertrag brachte. Der Schiedspruch wurde von uns abgelehnt und von den Fabrikanten angenommen, die daraufhin die Verbindlichkeit bei dem zuständigen Schlichter beantragten. Der Schlichter sprach am 29. April 1930 die Verbindlichkeit aus, die sich aber nicht auf den § 8, der das tarifliche Schlichtungswesen behandelt, erstreckte. An diesem Punkt, der gerade die Veränderungen erhalten hatte, hielten die Fabrikanten jedoch fest und klagten bei dem Arbeitsgericht Offenbach auf Feststellung, daß der Manteltarif unter Verletzung wesentlicher Bestimmungen der Gesetze verbindlich erklärt wurde und demnach nicht zu Recht besteht.

Das Arbeitsgericht Offenbach hat am 20. August den Fabrikanten Recht gegeben. Nach diesem Urteil ist der Bezirk jetzt tariflos.

Eine weitere Feststellungsklage wurde erhoben über die Gültigkeit des Lohnstarifes. Der im Frühjahr gefällte Schiedspruch verlängerte den alten Lohn. Die Kollegen lehnten ab, während die Fabrikanten wieder die Verbindlichkeit beantragten. Bei der Verhandlung darüber kam es zur Einigung, da unsere Kollegen, allerdings nach Ablauf der Erklärungsfrist, noch zustimmten. Der Schlichter sprach die Verbindlichkeit nun nicht mehr aus, sondern proklamierte das Bestehen eines freiwillig zustande gekommenen Vertrages. Die Fabrikanten bekämpften die nachträgliche Zustimmung und klagten ebenfalls auf Feststellung, daß ein Tarif nicht bestehe. Das Arbeitsgericht hat in diesem Sinne entschieden, so daß die im Frühjahr geleisteten umfangreichen Arbeiten umsonst gewesen sind.

Weber die weitere Behandlung ist noch nicht entschieden. Wenn beide Urteile vorliegen, werden wir eingehender dazu Stellung nehmen.

Tapezierer.

Berlin. Auf alle Stunden- und Stundenlohnordnungen mit Ausnahme der der ungeübten Näherinnen (diese erhalten 1 Pfennig) erfolgt ab 1. September ein Zuschlag von 2 Pfennig pro Stunde. Die Mindestlöhne betragen demnach:

Für Gehilfen über 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 1,38 Mk., für Gehilfen bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 0,90 Mk., für geübte Tapeziererinnen 1,01 Mk., für ungeübte Tapeziererinnen 0,69 Mk., für Matragennäherinnen 0,90 Mk.

Hamburg. Ab 29. August erhöhen sich die Löhne der Gehilfen um 2 Pfennig. Der Tariflohn beträgt: Für Gehilfen im 1. Jahr nach der Lehre 0,89 Mk., für Gehilfen im 2. Jahr nach der Lehre 1,12 Mk., für alle übrigen Gehilfen 1,39 Mk., für eingearbeitete Näherinnen 0,92 Mk.

Düsseldorf. Die Differenzen bei der Firma Hansen sind erledigt.

Lohnschiedspruch im Holzgewerbe.

Das Lohnamt für das deutsche Holzgewerbe hat am 21. und 22. August im Reichsarbeitsministerium getagt. Nach längerer Verhandlung sind Schiedsprüche wie folgt mit Mehrheit gefällig worden:

Die bisherigen Löhne gelten für sämtliche Bezirke im Bereiche des Mantelvertrages weiter.

Die bestehenden Stundenlöhne und die auf Grund des § 35, Absatz 1 Nr. 1 abgeschlossenen betrieblichen Akkordtarife, die am 1. August 1930 in Geltung waren, werden wieder in Kraft gesetzt.

Jedoch können Akkorde, bei denen der erzielte Verdienst bei durchschnittlicher Leistung und regelmäßiger Arbeitszeit den Prozentsatz des § 35, Absatz 1 Nr. 1, um mehr als 10 Prozent übersteigt, von der Betriebsleitung in Gemeinschaft mit der Akkordkommission einer Revision unterzogen werden, auch ohne daß im Einzelfall die Voraussetzungen des § 36 Nr. 1 vorliegen. Dieses Lohnabkommen tritt am 1. September 1930 in Kraft und gilt bis zum 15. Februar 1931. Wird es nicht von einer der Parteien sechs Wochen vorher, also erstmalig am

5. Januar 1931 bis abends 6 Uhr, schriftlich gekündigt, so behält es jeweils sechs Wochen seine Gültigkeit.

Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung bis 5. September einschließlich gegenüber dem unparteiischen Vorsitzenden, Stettin, Oberpräsidium, zu erklären.

Durch den Schiedspruch ist das Verlangen der Unternehmer nach Abbau der Löhne zurückgewiesen. Zurückgewiesen ist auch das Verlangen eines noch viel weiter gehenden Lohnabzuges in der Musikinstrumenten- und in der Stuhlindustrie. Die Schiedsprüche liegen nun vor, sie treten aber erst in Kraft, wenn sie von beiden Parteien angenommen sind; bis zum 5. September müssen sich die Organisationen entscheiden.

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Verbandstag fand in dem schönen Saal der Kroll-Oper in Berlin statt. Der 2. Vorsitzende des Verbandes, Georg Reichel, eröffnete den Verbandstag und begrüßte die Delegierten und die zahlreich erschienenen Gäste. Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, der zum ersten Male nach seiner langen Krankheit in der Öffentlichkeit auftrat, hieß den Verband im Namen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes willkommen. Den Bericht des Vorstandes erstattete der Verbandsvorsitzende Alwin Brandes. Er wies auf die große Arbeitslosigkeit hin, die besonders die Metallarbeiter so hart betroffen hat. Trotz den Hemmnissen, die einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik entgegenstanden, konnte der Verband seinen Aufstieg fortsetzen. Er zählt heute rund 950 000 Mitglieder. Unendlich schwere Kämpfe hatte der Metallarbeiterverband in der Berichtsperiode durchzuführen. Wir erinnern nur an die Aussperrung in der Nordwestgruppe und an den Kampf der Werftarbeiter. Das Treiben der Kommunisten, das besonders im DMB fühlbar ist, wurde von Brandes ins rechte Licht gerückt. Wie sehr der Einfluß dieser Elemente im Verband zurückgegangen ist, zeigt die Tatsache, daß auf dem Verbandstag nur ein halbes Dutzend Oppositionelle, und noch dazu Brandenburger anwesend waren. Der Hauptfahrlässiger Schäfer konnte mit Stolz von der Entwicklung der Kassenverhältnisse berichten. Wie der DMB, von der Wirtschaftskrise mitgenommen wird, ist daraus ersichtlich, daß 1929 für Arbeiterlosen- und Krankenunterstützung nicht weniger als 22 Millionen Mark ausgegeben wurden. Für die gleichen Unterstützungsgegenstände kamen in den ersten 6 Monaten dieses Jahres bereits 17 Millionen Mark zur Auszahlung.

Kummer konnte mit einem gewissen Stolz den erfolgreichen Ausbau der „Metallarbeiter-Zeitung“ seit dem letzten Verbandstag erwähnen. Ein Blatt von einer Million Auflage ist ein erzieherisches und bildendes Mittel von hohem Wert. Die Aussprache war eine sehr ausgiebige. Mit seltener Einmütigkeit stimmten die Kollegen aus dem Ranke der Arbeit des Verbandsvorstandes zu. Aus den Reden der Delegierten konnte man aber auch entnehmen, wie eine erfolgreiche Verbandsarbeit durch die Wirtschaftskrise behindert wird. Im weiteren Verlauf des Verbandstages sprach der Sekretär des Hauptvorstandes, Schlieffert, über „Die Wandlungen in der Weltwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.“ In der dazu angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Wenn trotz des Warenüberflusses und gesteigerter Zeugungsmöglichkeit Millionen arbeitswilliger Menschen Not und Hunger leiden, so liegt die Ursache dieses Widerspruches in der längst überholten privatwirtschaftlichen Grundlage der Wirtschaft. Die Lösung dieses Widerspruches kann nur in der Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsform und der Entwicklung zur Gemeinwirtschaft gefunden werden.“

Neben der Erörterung solcher grundlegenden Fragen wurde eine ergiebige Organisationsarbeit geleistet. Lagen doch rund 300 Anträge dem Verbandstag vor.

Bücherchau

Dr. Adam Süner: Das Schlichtungswesen als sozialpolitisches Problem. (Schriftreihe des Gesamtverbandes Nr. 2.) Verlagshaus „Genieur des Deutschen Reichsbundes“ G. m. b. H. Berlin S. 16. Rückgebäude 4. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 1,00 Mk., durch Buchhandel 1,20 Mk.

Das Schlichtungswesen ist eine sozialpolitische Aufgabe. Dies ist der Grundgedanke der interessanten und gründlichen Arbeit Süners. Im Mittelpunkt der Arbeit steht das Problem des politischen Lohnes. Süner zeigt, wie die Fragen des Schlichtungswesens im Zusammenhang mit den allgemeinen Entwicklungsbedingungen des kapitalistischen Systems gesehen werden müssen, wie insbesondere im gegebenen Kapitalismus die Frage der Beteiligung von Erwerbstätigen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine ganz neue Gestalt gewinnt. Auch zu den jüngsten Ereignissen der deutschen Schlichtungspolitik (Münchener Streit, Frage der Schlichtungsreform) wird Stellung genommen, so daß die Arbeit eine durchaus aktuelle Bedeutung besitzt.

Eine besondere Note erhält die Arbeit Süners dadurch, daß die Probleme von einem bestimmten Standort aus in einseitiger Perspektive gesehen werden, ohne daß dadurch die wissenschaftliche Methode beeinträchtigt wurde. Der Verfasser vertritt seinen Standpunkt mit Leidenschaft und Eifer und paßt die Probleme mit jugendlicher Frische an, wodurch die Leserschaft des Buches anregt und beinahe begeistert wird.

Die Schrift sollte nicht nur der Auswertbarkeit aller Fachleute und Funktionäre finden, sondern auch dem Studium einzelner Kreise der Arbeiterchaft empfohlen werden.

Ein Feind der Gesundheit. Unter diesem Titel behandelt der hervorragende Sozialhygieniker Professor Dr. Carl Schatz in einer jeden vom Arbeiter-Architekten-Bund herausgegebenen Broschüre (16 S., 20 Hk.) ein wichtiges Kapitel der persönlichen Gesundheitspflege: die Wirkung der alkoholischen Getränke auf den menschlichen Organismus. In einfacher, klarer Sprache, die sich wohlthuend von dem üblichen Fachreden abhebt, unter-scheidet, legt er dar, daß der gewohnheitsmäßige Alkoholgenuß fast an jedem Organ Spuren hinterläßt und die Widerstandsfähigkeit gegen alle krankmachenden Einflüsse herabsetzt. Die dem Schaben steht nicht einmal ein Nutzen gegenüber, denn das Kraftgefühl, das die alkoholischen Getränke hervorruft, ist ebenso trügerisch wie das Wohlbehagen und die Stimmung, die sich gleichzeitig einstellen. Mit der ersten Mahnung, einmal zu prüfen, ob die heute für Alkohol ausgegebenen Summen nicht besser der Ernährung und Erholung der gemeinschaftlichen und politischen Bewegung zugewandt werden sollten, schließt die kleine Schrift. Es wäre zu wünschen, daß die Broschüre, die Volkserklärung im besten Sinne des Wortes bringt, in die Hände recht vieler Arbeiter käme.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 1. September bis 7. September ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

Düsseldorf: Kollege Emil Dörzig, Sattler.
Jena: Kollege Adolf Neumann. In seiner Richterfühlung verfiel er schon seit mehreren Jahren das verantwortungsvolle Amt des Kassierers. Sein unermüdeliches Streben für unseren Verband mag allen Jungkollegen Vorbild sein.

Achtung! „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ Die September-Nummer der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ wird diesmal eine Woche früher herausgegeben.

Sorgt dafür, daß sie noch rechtzeitig in die Hände der Leserinnen kommt.

Adressenänderungen

Mülheim a. d. R. Vorf.: Peter Hundertmark, Fägerstraße 25.

Prählig b. Wittenberg. Kass.: Otto Zumppe, Wittenberg, Heubnerstraße 29.

Schneidemühl. Kass.: Richard Baar, Westendstr. 11.
Wilsrath, Rhld. Vorf.: Wilhelm Beil, Roonstr. 21.

Sterbetafel

Offenbach a. M. Am 28. August starb unser Mitglied, der Sattler Karl Ludwig Sand, 64 Jahre alt, nach 29jähriger Mitgliedschaft.
Ehre seinem Andenken!



LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!
LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar Fahrradwerk und Lindcar Nähmaschinen
gegen Kleinsten Wochenrat, durch das Werk, unsere
Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A.D.G.B.